

Vilsbiburger Zeitung

Vilsbiburger Nachrichten · Vilsbiburger Anzeiger · Veldener Zeitung

Nummer 166

Margareta, Bernhard – Samstag, 20. Juli 2019 – Margareta

1,70 € / B 6964 A

LOKALES

„Jetzt red i“: Nur kleine Wünsche bei der Jungbürgerversammlung 15

REGIONALES

Prozess: Todkranke Frau mit Überdosis Heroin getötet? 11

DIE SEITE DREI

Angeklagte müssen für Dreifachmord von Hille lebenslang in Haft

WIRTSCHAFT

Folgen der Startverbote für 737 Max belasten Boeing-Bilanz 7

SPORT

Der TSV 1860 kommt zum Drittliga-Auftakt gegen Münster nur zu 1:1 41

Merkel will Ausstoß von CO₂ teurer machen

Bundeskanzlerin mahnt aber zu sozialem Ausgleich
CSU warnt vor Belastungen für ländliche Räume

Berlin. (dpa) Im Streit über mehr Klimaschutz wirbt Kanzlerin Angela Merkel dafür, den Treibhausgas-Ausstoß im Verkehr und beim Heizen teurer zu machen. Das sei der effizienteste Weg zum Erreichen der Klimaziele, sagte die CDU-Politikerin am Freitag in Berlin. Wichtig sei aber, auf sozialen Ausgleich zu achten: „Wir wollen nicht mehr Geld einnehmen als Staat, sondern wir wollen einfach die Anreize anders setzen.“

Auch CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer warb für einen CO₂-Preis. Zeitgleich machte Klima-Aktivistin Greta Thunberg jungen Demonstranten in Berlin Mut: „Wir werden nie aufhören“, sagte die 16-Jährige, die das Gesicht der Bewegung „Fridays for Future“ ist.

Am 20. September soll das Klimakabinett der Bundesregierung ein Paket verabschieden, um Deutschland beim CO₂-Sparen wieder auf Kurs zu bringen. Es geht dabei um Förderprogramme, neue Vorgaben und einen CO₂-Preis, der Kraft- und Heizstoffe aus Öl und Erdgas teurer machen soll. Grundsätzlich liegen zwei Modelle auf dem Tisch: ein Steueraufschlag, den Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) vorschlägt, oder ein Handel mit Zertifikaten. Bürger könnten im Gegenzug über eine „Klimaprämie“ oder sinkende Strompreise entlastet werden.

„Wir müssen die Menschen mitnehmen“, sagte Merkel. Es gehe um eine „sehr umfassende Verände-

rung“ der Vorgehensweise Deutschlands beim Klimaschutz, das müsse „nach allen Seiten abgeklopft werden“. Sie machte deutlich, dass in der Koalition noch nichts entschieden sei in Sachen CO₂-Preis: Darüber gebe es auch im Grundsatz „noch Diskussionen“.

Bisher lehnt vor allem die CSU es strikt ab, an der Preisschraube zu drehen, und setzt stattdessen auf Steuererleichterungen und Anreize. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sagte der Deutschen Presse-Agentur, „bei Steuererhöhungen an der Zapfsäule“ sei „erhöhte Skepsis angebracht“, weil diese ländliche Räume und Familien besonders belasteten.

Merkel argumentierte, es sei falsch, dass CO₂-Bepreisung und Innovationen oft gegeneinandergestellt würden: „Das Gegenteil ist der Fall.“ Ein Preis für den CO₂-Ausstoß reize Innovationen an. Am Vorabend hatte das Klimakabinett getagt, nach drei Stunden waren die Minister aber ergebnislos auseinandergeschieden. Streit gibt es nicht nur um den CO₂-Preis, sondern auch um neue Förderprogramme etwa für Elektroautos oder den Umstieg auf die Bahn.

Hintergrund ist, dass Deutschland im Klimaschutz eigenen und internationalen Zielen hinterherhängt. Merkel räumte ein, dass das Ziel für 2020 – 40 Prozent weniger Treibhausgas als 1990 – nicht erreicht werde. Um so wichtiger sei es, das für 2030 zu erreichen, 55 Prozent weniger Treibhausgas auszustoßen. ▶ Seite 5/Leitartikel Seite 2



BAYERN HAT WEITER ZWEI ELITE-UNIS. Die Ludwig-Maximilians-Universität München und die Technische Universität München (Bild) erhielten am Freitag vom Wissenschaftsrat in Bonn erneut den Titel „Exzellenzuniversität“ und bekommen für mindestens sieben Jahre Fördergelder in Millionenhöhe aus dem entsprechenden Bundes-Länder-Programm. An die beiden Unis fließen jährlich insgesamt knapp 20 Millionen Euro vom Bund, gut sechs Millionen Euro kommen vom Freistaat. Bundesweit werden an insgesamt elf Universitäten und Universitätsverbände nun 148 Millionen Euro pro Jahr verteilt werden. Archivfoto: dpa

▶ Seite 4

Parkplatzfrage sorgt für Diskussionen

Teilnehmer des Bürgerforums uneins über das Ziel der Ortsentwicklung

Velden. (rüd) Seit Kurzem ist das neue Parkhaus in Betrieb. Damit eröffnen sich vielfältige Möglichkeiten, den Marktplatz zu beleben. Was konkret gemacht werden soll, diskutierten jetzt die Teilnehmer des mittlerweile dritten „Bürgerforums Ortsentwicklung“. Wie berichtet, soll der Marktplatz in drei Bauabschnitten verändert werden: Zunächst ist der untere Marktberg dran, es folgen Marktplatz mit Petersbrunnen und der obere Markt. Unter anderem sollen Sitzgelegenheiten geschaffen werden, sagte Architektin Ulrike Färber.

Dieses Vorhaben stieß beim Bürgerforum allerdings nicht auf ungeteilten Beifall. Einige Bürger machen sich offenbar Sorgen, dass Parkplätze wegfallen könnten. Färber versuchte zu beruhigen und wies darauf hin, dass am Marktplatz mindestens zwei großzügige Parkplätze vorgesehen seien, die auch den Menschen mit Handicap



Der Petersbrunnen ist 1964 aufgestellt worden. Um das Brenninger-Kunstwerk soll mehr Aufenthaltsqualität geschaffen werden.

Foto: Joseph Schuster

kurze Wege zum Beispiel in die Arztpraxen ermöglichen. Von den bisher neun sollten lediglich zwei bis drei Parkplätze wegfallen. Am oberen Markt soll ebenfalls die Auf-

enthaltsqualität verbessert werden. Bürgermeister Ludwig Greimel sagte zu, dass im Zuge der Umstrukturierung dort aber keine Bäume gefällt würden.

WETTER

Heute



31 | 12

Morgen



28 | 17

Ausführliches Wetter ▶ Seite 12

Rätsel ▶ Seite 9

Kindernachrichten ▶ Seite 47

TV-Programm ▶ im Magazin

Internet: www.idowa.de

Zahl der Kirchengaustritte nimmt zu

216000 Katholiken und 220000 Protestanten weniger – Schwerpunkt Bayern

Bonn/Hannover/München. (dpa) Die Zahl der Kirchengaustritte in Deutschland ist im vergangenen Jahr gestiegen. 216000 Menschen hätten 2018 die katholische Kirche verlassen, teilte die Deutsche Bischofskonferenz am Freitag in Bonn mit. Das sind 48500 Austritte mehr als 2017. Insgesamt sank die Zahl der Katholiken in Deutschland im vergangenen Jahr um gut 300000 auf 23 Millionen.

Bei den Protestanten traten 220000 Menschen aus der Kirche aus, 23000 mehr als 2017, teilte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) in Hannover mit. Die Gesamtzahl der Protestanten verringerte sich um 1,8 Prozent auf gut 21 Millionen. Durch die positive Entwicklung der Löhne und Ein-

kommen sei das Kirchensteueraufkommen 2018 trotz des Rückgangs leicht auf 5,79 Milliarden Euro gestiegen.

Den größten Rückgang hat die katholische Kirche mit 64000 Austritten in Bayern zu verzeichnen. Das waren noch deutlich mehr als im Jahr 2017. Damals waren es rund 48000; 2016 waren es ähnlich viele. Die evangelische Kirche kämpft im Freistaat ebenfalls mit sinkenden Zahlen: 2018 traten 28000 Menschen aus. Das waren deutlich mehr als 2017 (knapp 24000).

„Bayern ist nicht mehr das katholische Bayern“, sagte der Sprecher der Reformbewegung „Wir sind Kirche“, Christian Weisner. „Es ist schlimmer als erwartet. Was muss eigentlich noch alles passieren, da-

mit es endlich Konsequenzen gibt?“ Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm sagte dazu, jeder Austritt schmerze. Allerdings könne man sich heute anders als früher völlig frei entscheiden, ob man in der Kirche bleiben wolle.

Auf katholischer Seite bezeichnete der Sekretär der Bischofskonferenz, Hans Langendörfer, die Entwicklung als „besorgniserregend“. Ein Grund für die gestiegene Zahl der Austritte sei sicher die im September veröffentlichte Missbrauchsstudie. Dadurch sei eine große Debatte ausgelöst worden. „Viele glauben uns nicht mehr, dass wir konsequent und entschlossen gegen Täter vorgehen“, erläuterte Langendörfer der Deutschen Presse-Agentur. ▶ Seite 12

Neue Finanzbeamte für Grundsteuer nötig

Straubing. (gd) Bayerns Finanzminister Albert Füracker (CSU) ist davon überzeugt, dass das bayerische Modell zur Grundsteuer, das ohne wertbezogene Bemessungsgrundlage auskommen soll, vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben wird. Unserer Zeitung sagte er: „Wenn man das Bundesverfassungsgerichtsurteil (...) genau liest, stellt man fest, dass sich Karlsruhe an keiner Stelle für eine wertbezogene Bemessungsgrundlage ausgesprochen hat.“ Doch auch für die Umsetzung dieses Modells sei eine noch nicht absehbare Zahl neuer Finanzbeamter nötig. „Entscheidend wird (...) die konkrete Ausgestaltung der Grundsteuer sein und unter anderem auch die Frage, wie mit dem Sonderbereich der Land- und Forstwirtschaft umgegangen wird.“ ▶ Seite 6

Anzeigenservice • 08741/9651 0

6 1 4 2 9

4 195746 601706

Vertriebsservice • 0871/85024 10